

Abonnieren Sie

# Vorwärts

Die Zeitung der Sozialistischen Linkspartei



10 Ausgaben nur EUR 18,00  
(Sozialpreis EUR 10,00)

Zu bestellen bei:

SLP, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien  
Tel. 01-524 63 10, slp@slp.at

**Mehr Informationen: [www.slp.at](http://www.slp.at)**

Eine andere Welt ist nötig  
Eine sozialistische Welt ist möglich

DAS PROGRAMM DER  
SOZIALISTISCHEN LINKSPARTEI (SLP)  
ÖSTERREICHISCHE SEKTION DES KOMITEES FÜR  
EINE ARBEITERINNEN-INTERNATIONALE (CWI/KAI/CIO)

# Vorwort

Dieses Programm erscheint in bewegten Zeiten: Weltweit und ebenso in Österreich gibt es eine Zunahme von Widerstand und Klassenkämpfen. Streiks und Demonstrationen richten sich gegen die Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme, gegen die Verschlechterungen bei Löhnen/Gehältern, Arbeitszeiten, gegen Ausbeutung und Krieg. Die SLP ist als österreichische Sektion des ‚Komitee für eine ArbeiterInneninternationale‘ (CWI/KAD) gemeinsam mit den Mitgliedern der anderen nationalen CWI-Sektionen auf allen Kontinenten Teil dieser Bewegungen und Kämpfe. Millionen Menschen sind auf dieser Welt aktiv bei Demonstrationen, Kampagnen und Streiks. Dass der Kapitalismus uns keine positive Zukunft zu bieten hat, wird immer offensichtlicher. Ganz konkret stellt sich die Frage nach einer Alternative zum Kapitalismus. Ziel dieses Programms ist es, die Ungerechtigkeit des Systems aufzuzeigen, ihre Ursachen zu erklären, und darzulegen, dass eine sozialistische Welt nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist.

Die SLP ist eine junge Partei - doch die Wurzeln unserer Ideen reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Das bekannteste Programm der ArbeiterInnenbewegung ist das "Kommunistische Manifest"<sup>1</sup>. Erstmals 1848 veröffentlicht, hat es nichts von seiner Aktualität eingebüßt und gehört neben dem Übergangsprogramm<sup>2</sup> von Leo Trotzki (1938 als Gründungsdokument der ‚Vierten Internationale‘ veröffentlicht) zu den wichtigsten programmatischen Grundlagen des ‚Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale‘ und damit auch der SLP.

In der Geschichte der sozialistischen Bewegung und der ArbeiterInnen-Bewegung gab es viele verschiedene Parteien und Programme. Sie waren und sind das Ergebnis der konkreten Arbeit einer Partei, ihrer Geschichte und ihrer politischen Grundlagen. Unser Programm ist die Basis für unsere tagtägliche politische Arbeit und fasst unsere zentralen politischen Ideen zusammen. Es basiert auf unseren Erfahrungen mit dem Kapitalismus und mit Klassenkämpfen. Es ist eine

## 1. Auflage, Wien 2003

Der vorliegende Text wurde auf einer Bundeskonferenz der Sozialistischen Linkspartei am 15. Juni 2003 beschlossen.

### Danksagung:

Herzlichen Dank an Sonja Grusch für die Erstellung des Programmentwurfs, auf dessen Grundlage das vorliegende Programm entstand. Besten Dank an alle GenossInnen, die in mühevoller Kleinarbeit bei der Suche nach Zitaten, Daten und Fakten, sowie nach Rechtschreibfehlern geholfen haben.

### Grafik & Design:

Satz, Layout und Umbruch von Harald Mahrer, nach Vorgaben von Jan Tschichold. Gesetz in Garamond 10 pt in den Schnitten light bzw. bold. Coverdesign von Harald Mahrer unter Verwendung des Gemäldes "Der neue Planet" von Konstantin Youn aus dem Jahr 1921.

### Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin: Sozialistische Linkspartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Druck: Eigenvervielfältigung

---

1 Das Kommunistische Manifest - Karl Marx und Friedrich Engels 1848

2 Das Übergangsprogramm - Leo Trotzki 1938

Anleitung zum praktischen Handeln. Im vorliegenden Programm können wir uns nicht allen Themen widmen - wir geben einen Überblick über unsere Ideen und Ziele. Für vertiefende und weiterführende Diskussionen stehen unsere Mitglieder zur Verfügung<sup>i</sup>. Unser Programm beschränkt sich nicht auf diese Broschüre, sondern findet sich in unseren verschiedenen Publikationen und in unserer täglichen Arbeit wieder. Wenn Sie unserem Programm grundsätzlich zustimmen, ist es darüber hinaus eine Einladung zum Mitmachen. In diesem Sinne: Vorwärts zum Sozialismus!

---

---

## Sozialistische LinksPartei (SLP)

KAISERSTRASSE 14/11, 1070 WIEN

TELEFON 01/524 63 10, FAX 01/524 63 11

SLP@SLP.AT, WWW.SLP.AT

---

---

<sup>i</sup> Im Text wird weiterführende Literatur in Fußnoten empfohlen. Zu beziehen ist diese Literatur kostengünstig über die SLP. Einfach anrufen und bestellen: Tel.: +43-(0)1-524 63 10

## Das 21. Jahrhundert - Krisen, Kriege, Kapitalismus

Ein Blick in Tageszeitung oder Fernsehen genügt, um den alltäglichen Wahnsinn des Kapitalismus zu sehen. Die Mehrheit der Menschheit lebt in miserablen sozialen Verhältnissen, Demokratie und Menschenrechte sind für die meisten Menschen nicht vorhanden. Kinder sterben an Hunger, verdrecktem Trinkwasser oder durch

***"Die Einkünfte der reichsten 50 Millionen Menschen (1 % der Weltbevölkerung) entsprechen dem gemeinsamen Einkommen der ärmsten 2,7 Milliarden Menschen."*** *Le Monde Diplomatique*

Bomben und Tretminen, die soviel kosten, dass mit dem Geld der Hunger ausgerottet und der Zugang zu sauberem Trinkwasser längst gesichert sein könnte. Angesichts von AIDS, Epidemien und Umweltkatastrophen steht die Zukunft der Menschheit an sich auf dem Spiel. All das sind keine natürlichen Missstände, sondern ein Teil des kapitalistischen Systems, das auf diesem Globus regiert. Dieses System bestimmt, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, bis in den letzten Winkel der Erde die Geschicke der Menschen. Der Kapitalismus ist schon längst kein fortschrittliches System mehr. Er ist zu einem Hindernis für die Entwicklung der Menschheit geworden. Konnte er im 19. Jahrhundert die Produktivkräfte weiter entwickeln und damit den Lebensstandard der Menschheit weltweit steigern, werden heute unter dem Schlagwort "Budgetkonsolidierung" Sozialstaaten zerschlagen. Europa steuert den selben Weg an, den die USA schon lange eingeschlagen hat. Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssysteme werden künftig auch in Europa eine ungenügende Basisleistung erbringen werden und alles darüber hinaus privat und teuer zugekauft werden muss. Noch schlimmer ist die Situation im Rest der Welt, wo der Sozialabbau bei einem noch weniger vorhandenen Sozialstaat und noch niedrigerem Lebensstandard Menschen in Hunger, Elend, Krankheit und sogar Tod treibt.

## IM KAPITALISMUS STEHEN PROFITE VOR BEDÜRFNISSEN

Die Welt ist reich - tatsächlich gibt es nicht zuwenig, die vorhandenen Ressourcen könnten die Bedürfnisse aller Menschen befriedigen. Überproduktion ist sogar eine der Ursachen für Wirtschaftskrisen. Dieser Reichtum ist jedoch ungleich verteilt. Im Zentrum des Interesses stehen im Kapitalismus nicht die Bedürfnisse der Menschen, sondern die Profite der Unternehmen. Wo keine Profite zu holen sind, wird nicht investiert. Und wo Profite auf Basis der Ausbeutung von Mensch und Natur zu machen sind, steigen die Aktienkurse. Um die Profite zu erhöhen, wird privatisiert, werden die sozialen Sicherungssysteme zerschlagen und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der ArbeitnehmerInnen

**Die Besitzeinkommen stiegen seit 1970 um 1800 %, die Bruttolöhne um 567%.** *Alois Guger, WIFO, auf der Armutskonferenz 1997*

verschlechtert. Argumentiert wird alles mit "internationalem Wettbewerb" und "Konkurrenz". Im Kapitalismus haben wir alle sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Chancen. ArbeitnehmerInnen, Jugendliche und insbesondere Frauen sind es, die für die Profite relativ weniger Reicher tagtäglich schuftet müssen.

## ARM UND REICH IN ÖSTERREICH

Die österreichischen Regierungen beteiligten und beteiligen sich am internationalen neoliberalen Projekt von Privatisierung, Sozialabbau sowie Angriffen auf Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzbestimmungen. Die Kürzungen der letzten Jahre sind nicht mehr einfach kleinere Maßnahmen. Sie haben die Weichen zur völligen Zerschlagung des Sozialstaates gestellt. Obwohl Österreich eines der reichsten Länder der Welt ist, gibt es auch bei uns Armut. Armut hat viele Gesichter: Sie führt zu Obdachlosigkeit, dazu, dass sich Menschen keinen Urlaub und keinen Kinobesuch leisten können, dass kaputte Schuhe zum Problem werden ... Im Gegensatz zu den letzten Generationen, die noch davon ausgehen konnten, dass es ihnen besser gehen wird, als ihren Eltern, haben wir heute eine Generation, deren Zukunft düster aussieht. Das Ansteigen der Armut liegt nicht daran, dass

Österreich als Ganzes ärmer werden würde, sondern daran, dass Einkommen und insbesondere Vermögen immer ungleicher verteilt sind. In der jüngeren Vergangenheit hat eine starke Umverteilung von Arm zu Reich stattgefunden. Die Einkommen aus Gewinn und Vermögen stiegen stark an, während die Realeinkommen aus Löhnen und Gehältern nur schwach stiegen bzw. in manchen Jahren sogar fielen. Die Struktur des österreichischen Steuersystems bevorzugt überdies jene, die ohnehin schon reich sind. Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer und der Einführung des Stiftungsrechtes werden Vermögen nur mehr marginal besteuert. Theoretisch gibt es für hohe Einkommen zwar einen Spitzensteuersatz von 50 %. Doch aufgrund der diversen Ausnahmen (z.B. der einheitliche Steuersatz bei der

**1997 galten in Österreich 340.000 Menschen (=4,2%) als arm, 11% als Armutsgefährdet.** *Bericht über die soziale Lage 1999*

Kapitalertragssteuer), Abschreibungsmöglichkeiten etc. gibt es in Österreich praktisch keine Steuerprogression. Das heißt, der Steuersatz für Menschen mit hohen und niedrigen Einkommen ist in der Praxis gleich, was ein Vorteil für Reiche und Superreiche ist. Nicht zu vergessen die zig-Milliarden Euro die dem Staat jedes Jahr durch Steuerschulden und Steuerhinterziehungen durch Unternehmen entgehen. Auch das System von Massen- und Verbrauchssteuern ist ein Instrument der Umverteilung: zwar zahlt jedeR von uns seine Umsatzsteuer/Mehrwertssteuer, aber wer einen höheren Anteil seines/ihrer Einkommens für Konsumgüter (Wohnen, Essen, Kleidung) ausgeben muss, der/die spürt die Steuer dementsprechend mehr. Neue und höhere Gebühren sowie der Sozialabbau unter Schwarz-Blau haben die Situation weiter verschärft und treiben immer mehr Menschen in die Armut.

## ARBEIT DOMINIERT UNSER LEBEN

Wir verbringen einen großen Teil unserer Lebenszeit am Arbeitsplatz. Wir produzieren, verwalten, lehren oder verrichten verschiedenste Dienstleistungen. Die Löhne/Gehälter und die Arbeitsbedingungen, wie lange wir Urlaub haben und welche betrieblichen Sozialleistungen es gibt, unterliegen einem ständigen Ringen zwischen UnternehmerInnen

und der ArbeiterInnenklasse. Denn diese Faktoren sind entscheidend für die Profite der Unternehmen. Je besser die Situation für die Beschäftigten, umso niedriger die Profite. In den letzten Jahren hat es eine Reihe von Veränderungen in der Arbeitswelt gegeben, um die Profite zu erhöhen. Für die KapitalistInnen ist es notwendig, die menschliche Arbeitskraft immer intensiver auszubeuten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Regelarbeitszeiten, fixe Anstellungen, Arbeitsschutzbestimmungen und betriebliche Sonderzahlungen sind dabei ein Hindernis und sollen abgeschafft werden. Die ideale Arbeitskraft steht rund um die Uhr zur Verfügung, kann jederzeit gekündigt werden und muss für Überstunden nicht extra bezahlt werden. Im Interesse der Wirtschaft geht die Gesetzgebung in der letzten Zeit stark in diese Richtung. Auch die Kürzungen im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystem dienen dazu, die Profite der Unternehmen zu erhöhen. Wenn weniger aus (unseren) Steuergeldern für Sozialleistungen ausgegeben wird, können Unternehmenssteuern weiter gesenkt und mehr Subventionen ausbezahlt werden.

#### ARBEITSLOSIGKEIT ALS MASSENPROBLEM

Während einerseits Beschäftigte unter dem wachsenden Arbeitsdruck leiden, ist andererseits Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren wieder zu einem Massenproblem geworden.<sup>3</sup> Arbeitslosigkeit hat soziale und ökonomische Auswirkungen: Insbesondere Langzeitarbeitslose verlieren in unserer Gesellschaft, die sich über Leistung definiert, ihr Selbstwertgefühl. Die soziale Situation von Arbeitslosen ist geprägt von Verschuldung und Mangel, oft sogar von Armut. Insbesondere arbeitslose Frauen finden sich schnell in einem Teufelskreis wieder: Sie finden keinen Job, weil sie sich die Kinderbetreuung nicht leisten können bzw. überhaupt keine existiert, und sie können sich die Kinderbetreuung nicht leisten, weil sie keinen Job haben. Arbeitslosigkeit ist kein Schicksal, sondern fixer Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise. Vollbeschäftigung ist die Ausnahme und für das Kapital auf Dauer nicht von Vorteil, da es die Verhandlungsmacht der ArbeiterInnenklasse vergrößert. Arbeitslosigkeit ist in einem gewissen Ausmaß durchaus im Sinne der Unternehmer, da sie mit dem Argument

<sup>3</sup> Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn - SOV 1998

"da draußen warten fünf andere auf deinen Job" Druck auf die ArbeiterInnen ausüben können. Die Jobs, die heute zu haben sind, sind vor allem Teilzeit- und unsichere Beschäftigungsverhältnisse und ent-

***Es gibt nicht zuwenig Arbeit, sie ist nur falsch verteilt:  
32,8 % aller Beschäftigten leisten regelmäßig Überstunden  
und/oder Mehrarbeit.*** Mikrozensus "Arbeitszeitformen" September 1997

sprechend schlecht bezahlt. Nicht der oder die einzelne Arbeitslose ist schuld daran, keinen Job zu finden. Er/Sie ist keinE Sozial-schmarotzerIn. Wenn auf jede offene Stelle mehrere Arbeitslose kommen, kann gar nicht jedeR einen Job finden! Die Politiker wollen aber trotzdem die Arbeitslosen noch zusätzlich für ihre Arbeitslosigkeit bestrafen und es kommen Vorschläge bis hin zur Kriminalisierung von "Sozialbetrug". Aus Opfern werden TäterInnen gemacht und benutzt, um Druck auf jene auszuüben, die noch Arbeit haben.

#### KAPITALISMUS BEDEUTET KRIEG

Seit dem 11. September 2001 haben sich die USA endgültig zur alles dominierenden Supermacht aufgeschwungen. Sie führen Kriege "gegen den Terror" und "für Demokratie". Doch es geht dabei weder um Frieden noch um Demokratie, sondern darum, militärischen, politischen sowie ökonomischen Einfluss über immer größere Teile der Welt zu bekommen und die einzige Supermacht zu bleiben. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts kämpfen die großen kapitalistischen Staaten die Welt um die Aufteilung der Welt unter sich. Sie stehen in einem ständigen Konflikt, zusätzliche Einflusssphären zu erlangen. Diese Konflikte sind die wesentliche Ursache für Kriege seit Bestehen des Kapitalismus. Denn Einfluss bedeutet Zugriff auf Rohstoffe, auf KonsumentInnen und ProduzentInnen. Wer viel strategische und militärische Macht hat, kann seine Interessen leichter durchsetzen. Millionen Menschen starben für die Erhaltung von Macht und Reichtum einer kleinen Elite. Kriege sind keineswegs ein Zeichen für einen rückständigen Kapitalismus, und daher nur in bzw. zwischen wirtschaftlich unterentwickelten Ländern zu finden. Solange die verschiedenen kapitalistischen Staaten durch ihre Gegnerschaft zu Sowjetunion und Ostblock geeint waren, waren inner-

imperialistische Konflikte nicht vorherrschend. Dies war auch deshalb möglich, weil der Kapitalismus nach dem 2. Weltkrieg einen ungewöhnlich langen und starken Aufschwung erlebte, der es für die imperialistischen Staaten weniger nötig machte, sich neue Einflussphären zu erschließen. Seit dem Zusammenbruch des Stalinismus 1989/90 und durch die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage seit den 80er Jahren sieht die Situation heute deutlich anders aus. Die Anzahl der bewaffneten Konflikte stieg von 12 im Jahr 1950 auf 51 im Jahr 1992. Sie hat auch in den letzten Jahren weiter zugenommen.

***Mehr als 50 % des Forschungs- und Entwicklungsbudgets wurden 2002 in den USA für den Rüstungssektor ausgegeben.***

*Le Monde Dipolomatique*

Je knapper Ressourcen werden, je schwerer es wird, Profite zu realisieren, desto härter wird der Kampf um Einflussgebiete und Absatzmärkte. Auch der "Westblock" ist zerfallen. Konflikte zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten nehmen ebenso zu, wie zwischen den Wirtschaftsblöcken (USA-Europa-Japan). Diese Konflikte können in Zukunft durchaus militärische Formen annehmen. Insbesondere die Supermacht USA, aber auch andere imperialistische Staaten setzen wieder verstärkt auf die militärische Durchsetzung ihrer Interessen. Neben der Rüstungsindustrie hofft das gesamte US-Kapital durch den Zugriff auf neue Märkte und den Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz, von dieser Politik zu profitieren, buchstäblich höhere Profite zu machen. Der Angriff der USA auf den Irak zeigt auch die Hilflosigkeit und Nutzlosigkeit von Organisationen wie der UNO angesichts der wirtschaftlichen Interessen und der Bereitschaft, diese auch militärisch durchzusetzen. Die UNO besteht mehrheitlich aus Staaten, in denen Demokratie und Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Sie ist kein Friedensinstrument, sondern hat Kriege geführt und legitimiert. Die Konflikte zwischen UNO und der US-Führung im Zuge des US-Angriffs auf den Irak 2003 haben die unterschiedlichen Interessen zwischen dem US-amerikanischen und britischen Kapital und andererseits dem deutschen, französischen, russischen und chinesischen Kapital gezeigt. Friede im Kapitalismus ist bestenfalls die Abwesenheit von Krieg, und auch diese ist zeitlich und örtlich begrenzt.

Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse ist nichts Neues, hat sich jedoch in den 80er und 90er Jahre des 20. Jahrhunderts verschärft. Bereits seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 70er Jahre spitzen sich die systembedingten Widersprüche des Kapitalismus zu. Diese entstehen aus dem Gegensatz von Privateigentum an Produktionsmitteln und privater Aneignung der Profite einerseits und der gesellschaftlichen Produktion, also dass die Masse der Bevölkerung arbeitet aber nur einen Teil der von ihr geschaffenen Werte als Lohn/Gehalt bezahlt bekommen, andererseits.

Der Kapitalismus befindet sich in einer Periode von Stagnation und Depression: in einer Phase des Niedergangs mit schwachen Aufschwüngen, die die Verluste der vorangegangenen Abschwünge nicht wettmachen können. Es wird für die Summe der KapitalistInnen immer schwieriger, ihr Geld gewinnbringend zu investieren. Um die Kosten der Krisen abzuwälzen bzw. im Versuch, die Krisen hinauszuschieben,

***Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.*** Karl Marx über "Globalisierung" 1848

setzten die Kapitalisten und ihre Politik international zu einer Welle von neoliberalen Angriffen auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse an. Die Arbeitskraft soll weiter ausgepresst werden. Gerade jene Reformen, die auf Grundlage des Nachkriegsaufschwunges erkämpft werden konnten, stehen unter Beschuss.

Die "Globalisierung" ist kein Zeichen der Stärke des Kapitals, sondern ganz im Gegenteil ein Versuch, die Schwäche des Systems zu überwinden. Im Gegensatz zur Behauptung, dass die Welt immer enger zusammenwächst, findet Handel immer häufiger nur zwischen den imperialistischen Blöcken und innerhalb multinationaler Konzerne statt. Eine immer kleinere Schicht profitiert vom Wachstum. Nicht zunehmende Gleichheit ist das Markenzeichen des 20. und 21. Jahrhunderts, sondern, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

In den entwickelten kapitalistischen Staaten bedeuten Privatisierung und Abbau der sozialen Sicherungssysteme eine Verschärfung der (genau genommen immer vorhandenen) Zwei-Klassen-Gesellschaft. Nur wer es sich leisten kann, hat künftig eine menschenwürdige und ausreichende Gesundheits- und Altersversorgung. Besonders betroffen vom "Rückzug des Staates" sind Frauen. Im Kapitalismus ist die unbezahlte Arbeit von zentraler Bedeutung, da die Verpflegungs- und Versorgungsarbeit (Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Hausarbeit ...), die für den Weiterbestand einer Gesellschaft unerlässlich ist, gratis und wie selbstverständlich verrichtet wird. Die jährlich erbrachten Familienleistungen, die zu 70% von Frauen verrichtet werden, entsprechen nach Berechnungen der Statistik Austria einem Wert von 51Mrd. Euro bei Annahme eines Mindestlohnes für diese Arbeit. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise wird den Frauen unter Ausnutzung der ihnen zugeordneten Rolle noch mehr Gratisarbeit zugemutet und der Staat aus der Verantwortung entlassen. Das kann auf die Kurzformel gebracht werden: "Eigenversorgung statt Marktversorgung," oder: "Der Staat spart und die Frauen müssen mehr arbeiten.". Der Abbau der staatlichen Versorgung in diesen Bereichen (unter anderem im Zuge des ‚GATS‘ - eines internationalen Vertrages, der die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit zum Ziel hat) öffnet außerdem ein profitables Investitionsfeld für private Investoren, die diese Dienstleistungen dann an jene verkaufen, die sie leisten können.

#### DIE ARMEN WERDEN IMMER ÄRMER

Trotz der Konkurrenz zwischen den nationalen Kapitalistenklassen verbindet sie doch das Ziel der Profitsteigerung. Ein besonderes Angriffsziel zur Profitsicherung sind dabei die Länder der sogenannten "3.Welt"; die ex- bzw. neo-kolonialen Staaten. Die Internationalisierung der Weltwirtschaft an sich ist nichts Neues. Schon Marx weist im ‚Kommunistischen Manifest‘ darauf hin, Lenin widmet dem Imperialismus ein ganzes Buch.<sup>4</sup> Aber die "Globalisierung" mit der Liberalisierung der Finanz- und anderer Märkte, mit dem technischen Fortschritt (Milliardenbeträge werden via Mausclick verschoben) und

<sup>4</sup> Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus - Lenin 1916

dem Drang des Kapitals, die Profitrate zu erhöhen, hat den Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika eine Reihe von "Strukturanpassungsprogrammen" (SAP) beschert.

In den 70er Jahren wurden diese Länder in die Schuldenfalle getrieben, sodass sie heute meist nicht einmal die Zinsen jener Kredite zurückzahlen können. In den 80er Jahren verschlechterte sich ihre Situation durch den Fall der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und den Anstieg der Zinsen. Zuerst wurden sie gezwungen, Monokulturen für den Export zu produzieren, dann wurden sie ihre Produkte nur mehr zu Schleuderpreisen los. In den 90er Jahren wurden die neo-kolonialen Länder für die imperialistischen Staaten als Absatzmärkte interessant, da die Konkurrenz unter den entwickelten kapitalistischen Staaten immer

***Zwischen 1970 und 2001 sind die Außenschulden der "Entwicklungsländer" auf das 35fache gestiegen. Durch die Zinsen kommt es zu einem Nettotransfer aus den "Entwicklungsländern" hin zu den Kreditgebern, d.h. das zwischen 1983 und 2001 von den "Entwicklungsländern" 386 Milliarden Dollar mehr zurückgezahlt wurden, als sie an Neukrediten erhielten. Le Monde Diplomatique***

größer wurde. Weltweit rollt unter dem Diktat von internationalen Einrichtungen des Kapitals wie Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank, World Economic Forum/Weltwirtschaftsforum (WEF) und Welthandelsorganisation (WTO)<sup>5</sup> eine Welle von "Flexibilisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen". Konkret bedeutet das, dass privatisiert wird. Dabei werden Arbeitsplätze vernichtet. Es wird staatliche Unterstützung für sozial Schwache gestrichen (vor allem in den ärmsten Ländern der Welt), Arbeitsschutzgesetze werden aufgeweicht, die Märkte der ärmeren Staaten werden zwangsweise geöffnet und die heimische Wirtschaft zerstört oder ausverkauft. Dadurch schafft sich das internationale Kapital Märkte. Die Krokodilstränen, die auf internationalen Tagungen (auch der UNO) vergossen werden, sind eine Verhöhnung jener Milliarden Menschen, die unter der Politik des internationalen Kapitals tagtäglich leiden. Der Zynismus gipfelt in der Abschiebung eben jener Flüchtlinge, die wegen der Armut ihre Länder

<sup>5</sup> Warum gegen IWF, WTO und Weltbank kämpfen? - SLP, Socialist Alternative 2000

verlassen müssen. Wenn Reichtum und Ressourcen weltweit gerecht verteilt und zum Nutzen der Allgemeinheit eingesetzt werden würden, könnten Armut und Elend beseitigt werden.

#### EU: DAS EUROPA DES KAPITALS UND KEIN FRIEDENSWERK

Die Europäische Union (EU) ist ein Instrument des europäischen Kapitals zur Profitsicherung. Einerseits soll den konkurrierenden Wirtschaftsblöcken USA und Japan/Asien ein starker europäischer Block entgegengesetzt werden. Andererseits dient die EU mit Hilfe ihrer diversen Verträge (Maastrichtvertrag, Stabilitätspakt ...) als Waffe gegen die ArbeiterInnenklasse. Die EU-Osterweiterung hat nicht die

***Selbst unter Einbeziehung der staatlichen Sozialleistungen lebten 1998 in der EU 18 % der Menschen (fast 68 Millionen Menschen) unter der relativen Armutsquote der EU (ein Haushaltseinkommen von weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens).*** *Le Monde Diplomatique*

Verbesserung des Lebensstandards der Menschen in Osteuropa zum Ziel. Die vorhandenen Hoffnungen in diesen Ländern, mit Hilfe der EU der Armut zu entfliehen, werden enttäuscht werden. Seit der Wiedereinführung des Kapitalismus wurden diese Länder zu interessanten neuen Märkten und billigen Produktionsstätten besonders für das westeuropäische Kapital. Dabei wurden Arbeitsplätze vernichtet und Millionen Menschen in die Armut gedrängt. Im Gegensatz zu den vollmundigen Ankündigungen hat das westliche Kapital nicht investiert, um Wohlstand für breite Schichten der Bevölkerung zu schaffen. Viele Firmenübernahmen und Aufkäufe erfolgten mit dem Ziel, Konkurrenten los zu werden. In Osteuropa und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion sehen wir heute einen schwachen, vom Ausland abhängigen Kapitalismus mit starkem Einfluss von Mafia-Clans und eine korrupte bzw. nur rudimentär vorhandene demokratische Herrschaft. Dies liegt keineswegs daran, dass die Menschen in diesen Ländern nicht "reif" für die Demokratie wären (immerhin war Demokratie das zentrale Ziel der Bewegungen in Osteuropa 1989-91), sondern dass die bürgerliche Demokratie nur eine der möglichen Herrschaftsformen des

Kapitalismus ist. Die in Osteuropa herrschenden mafiösen Strukturen in der Politik entsprechen den mafiösen Strukturen der Wirtschaft. Bei der Osterweiterung geht es dem europäischen Kapital darum, einen besseren und direkten Zugang ohne Zölle und sonstige Beschränkungen zu erhalten. Damit bestünde ein Vorteil gegenüber dem US-Kapital. Jede nationale Elite möchte sich möglichst weitreichende Herrschaftsansprüche und Einflussphären sichern. Das führt unausweichlich zu Konflikten wie z. B. "kleine" gegen "große" Staaten in der EU. Deutlich wurde dies in der Frage des Irak-Krieges. Die nationalen Widersprüche sind auf kapitalistischer Grundlage nicht überwindbar. Die EU dient Unternehmer-Interessen und ist zutiefst undemokratisch. Dadurch stellt die EU keinen Fortschritt für die europäische ArbeiterInnenklasse dar, sondern wird Spannungen in Europa noch zuspitzen.

#### EIN SYSTEM VOLLER WIDERSPRÜCHE

Die Ursache für die momentane Situation liegt im kapitalistischen System selbst. Wie auch schon in vorhergegangenen Gesellschaftssystemen bereichert sich eine kleine Schicht auf Kosten der Mehrheit. Seit gesamtgesellschaftlich mehr produziert als unmittelbar verbraucht wird, hat sich eine Schicht bzw. Klasse in der Gesellschaft über die andere(n) erhoben und auf deren Kosten gelebt. Im Kapitalismus stehen sich die Kapitalisten auf der einen und die ArbeiterInnenklasse (auch 'Proletariat' genannt) auf der anderen Seite gegenüber. Die Existenz des Proletariats wird heute v.a. in den entwickelten Industriestaaten von manchen in Frage gestellt. Doch niemals zuvor in der Menschheitsgeschichte war der Anteil jener Menschen an der Bevölkerung, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, so groß wie heute. Ob wir als VerkäuferIn, IndustriearbeiterIn, Bankangestellte/r, LehrerIn oder LandarbeiterIn arbeiten oder ob wir arbeitslos sind - es ändert nichts daran, dass wir in diesem System nur überleben können, wenn wir unsere Arbeitskraft verkaufen oder von jemandem abhängen, der seine/ihre Arbeitskraft verkauft. Obwohl die Mehrheit der Menschen darauf angewiesen ist, einen Arbeitsplatz zu haben, verweigert der Kapitalismus weltweit rund einem Drittel der Bevölkerung einen solchen. Und selbst wer einen Job hat, muss oftmals ums Überleben kämpfen. Weltweit erhalten ArbeiterInnen nur einen



Bruchteil des von ihnen erarbeiteten Wertes in Form von Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen (die sie über Steuern und Sozialabgaben ohnehin selbst finanzieren) zurück. Den größten Teil dieses im Produktionsprozess neugeschaffenen Wertes behalten die KapitalistInnen. Diese private Aneignung von Mehrwert, der nur zum Teil reinvestiert wird, führt zu einer ungleichen Verteilung von Reichtum auf der Welt. Diese Ungerechtigkeit herrscht nicht einfach zwischen "Nord" und "Süd". Nicht wir sind schuld an der Ausbeutung der Menschen in der "3.Welt", wenn wir billigen Reis, Kaffee oder Bananen kaufen. Die Ungerechtigkeit herrscht zwischen ArbeiterInnen und KapitalistInnen: zwischen jenen, die Produktionsmittel besitzen und solchen, die keine besitzen.

***Die gesamte herrschende Klasse der USA hätte leicht im Yankee Stadium mit 57.000 Sitzen Platz" schreibt Michael Zweig in "The working class majority". Die USA hat 270 Millionen EinwohnerInnen.***

Dass es im Kapitalismus zu Krisen kommt, liegt nicht an der individuellen Unfähigkeit eines/r Unternehmers/in oder eines Staates. Es ist fixer Bestandteil des Systems. Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion (die Massen der ArbeiterInnenklasse produzieren) und der privaten Aneignung (nur eine Handvoll Kapitalisten streicht die Profite ein) ist die Grundlage für Ausbeutung und für die Krisen im Kapitalismus. Darüber hinaus sind diese immer wiederkehrenden Krisen das Ergebnis von Überproduktion. Nicht aus Mangel, sondern aus Überfluss entstehen im Kapitalismus Krisen. Mangel gibt es bezüglich dessen, was sich Menschen leisten können.

AUF UND AB

Die Ausbeutung und der Lebensstandard der ArbeiterInnen hat sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhundert immer wieder verändert. Während der beiden Weltkriege und in den Wirtschaftskrisen verschlechterte sich die Situation von Millionen. Im Nachkriegsaufschwung der 50er und 60er Jahre konnten Millionen ArbeiterInnen in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu einem gewissen Wohlstand kommen. Der

Nachkriegsaufschwung legte nicht nur die ökonomische Grundlage für Zugeständnisse des Kapitals. Er führte auch dazu, dass die ArbeiterInnenklasse ihre Chance sah, Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen zu erkämpfen. Keine Arbeitszeitverkürzung, keine Lohnerhöhung,

***Das Wachstum verlangsamt sich: Lag es im Nachkriegsaufschwung in den entwickelten kapitalistischen Staaten noch bei durchschnittlich 4,5 % pro Jahr, so sank dieser Wert in den 80er Jahren auf 2,8 % und in den 90er Jahren gar auf 1,8 %.***

keine Sozialleistung wurde uns geschenkt. Jede einzelne wurde erkämpft: entweder durch Demonstrationen und Streik direkt, oder durch Verhandlungen, die drohende Streiks im Rücken hatten.

Kapitalismus führt immer wieder zu Krisen. Die Auswirkungen und Kosten dieser Krisen muss die ArbeiterInnenklasse tragen. Auch jene, die eine gute Ausbildung haben, sind davor nicht gefeit. Ein Beispiel für unsere mögliche Zukunft ist die Entwicklung Argentiniens<sup>6</sup>: Über den Slums in Buenos Aires hängt ein Schild "Willkommen bei der Mittelschicht". In den 80er Jahren entwickelte sich in Argentinien eine Mittelschicht mit einem mitteleuropäischen Lebensstandard. Die Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren hat zu ihrer totalen Verarmung geführt.

## Es regt sich Widerstand

Die Weiterentwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus stößt an ihre Grenzen. Er beweist täglich seine Unfähigkeit, für alle Menschen ein sinnvolles, friedliches und erfülltes Leben ohne Ausbeutung zu gewährleisten. Er brachte und bringt Kriege, Armut für jene ohne, Überarbeitung für jene mit Arbeitsplatz, Hunger für jene ohne, Gift für jene mit Nahrung. Die Umwelt wird zerstört, Tierarten ausgerottet, Menschen wie Waren von einem Land ins andere verkauft. All das sind keine "Fehlentwicklungen", sondern gehören zum Kapitalismus wie die Hitze zur Sonne. Von selbst oder durch "Einsicht der Mächtigen und Herrschenden" wird sich daran auch nichts ändern. Die deutsch-polnische Sozialistin Rosa Luxemburg hat es treffend ausgedrückt: "Sozialismus oder Barbarei".

Menschen, die sich gegen die Ungerechtigkeiten und Missstände des Kapitalismus wehrten, gibt es seit seinen Anfängen. Es waren Gewerkschaften und ArbeiterInnenparteien, Frauen-, Unabhängigkeits-, Friedens- und UmweltaktivistInnen. Das 20. Jahrhundert war nicht nur jenes des Niedergangs des Kapitalismus, sondern auch jenes von erbitterten Kämpfen und Revolutionen. Der ersten erfolgreichen sozialistischen Revolution in Rußland im Oktober 1917 folgten die Kämpfe gegen den Faschismus und die Unabhängigkeitsbewegungen in der kolonialen Welt. Die entwickelten kapitalistischen Länder sahen die Bewegungen von 1968 (vor allem Frankreich) und im Gefolge der Weltwirtschaftskrise Anfang der 70er Jahre revolutionäre Erhebungen in Portugal und Griechenland. Bei all diesen Bewegungen ging es darum, das System zugunsten der breiten Masse der Bevölkerung zu verändern oder ein neues zu errichten. Auch die Menschen, die 1989-91 in Osteuropa gegen die stalinistische Herrschaft auf die Straße gingen, taten dies nicht für eine Profitwirtschaft, sondern für ein besseres Leben und eine gerechte Gesellschaft.

### INTERNATIONALER WIDERSTAND

Am Anfang des 21. Jahrhundert spiegelt sich der Unmut in der globa-

len Protestbewegung und der Antikriegsbewegung wider. Millionen Menschen waren auf Demonstrationen in Seattle, Prag, Nizza, Quebec, Genua, Porto Alegre, Florenz, Salzburg, ... gegen den "globalen Kapitalismus" auf der Straße.<sup>7</sup> Sie tun dies nicht, weil sie Nationalisten sind, sondern weil "Globalisierung" jene neoliberale Politik zusammenfasst, unter der wir alle leiden. Der internationale und internationalistische Charakter wurde Anfang 2003 deutlich, als Millionen sich weltweit an der Bewegung gegen den Krieg beteiligten. Eine neue Qualität hat diese Bewegung erhalten, seit in den letzten Jahren die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse - Demonstrationen und Streiks wie in Lateinamerika, Italien, Spanien und Griechenland - wieder zugenommen haben. In dieser Bewegung kann die ArbeiterInnenklasse keine Rand-

***Brasilien produziert Generica, um bis zu 75 % billigere Kopien teurerer Medikamente. Als Folge ist die Anzahl der Aids-Toten zwischen 1995 und 2000 um fast 40 % gefallen.***

erscheinung sein, da es um ihre grundlegenden Interessen geht, sondern es kommt ihr eine zentrale Rolle zu.

Wie auch in der Vergangenheit finden unter jenen, die in diesen Kämpfen stehen, hitzige Diskussionen über die Alternativen statt. Diese kreisen immer wieder um die Frage "Reform oder Revolution". Lässt sich der Kapitalismus zu einem mit "menschlichem Antlitz" reformieren (diese Ansätze finden wir bei VertreterInnen des (Neo-)Keynesianismus, und jenen, die an Institutionen wie EU, IWF, UNO etc. appellieren) oder hat die Menschheit nur mit dem Sturz des Kapitalismus und der Beseitigung der Profitgesellschaft eine Zukunft. Wir SozialistInnen unterstützen und kämpfen selbstverständlich für jede einzelne Reform, die das Leben von ArbeiterInnen u.a. verbessert. Gerade um solche Reformen abzusichern und auszuweiten, ist es notwendig, eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen zu erreichen. Reformen sind im Kapitalismus nur von kurzer Dauer; angesichts von Wirtschaftskrisen und dem Interesse der Unternehmerschaft geraten sie schnell wieder unter Beschuss. Wir beantworten die Frage "Reform oder Revolution?" mit einem klaren "sowohl als auch!"

Der Neokeynesianismus (also die Hoffnung, durch staatliche

7 Belagerungszustand - Der globale Kapitalismus und die sozialistische Alternative - CWI 2001

Investitionen bzw. direkte Zahlungen des Staates an verschiedene Bevölkerungsgruppen die Nachfrage und damit die Wirtschaft anzukurbeln), in den insbesondere VertreterInnen aus der Gewerkschaftsbewegung Hoffnung setzen, ist immer durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung begrenzt. Eben weil er im Rahmen des Kapitalismus bleibt, muss er sich auch den Spielregeln des Kapitalismus anpassen.

Die Alternative zum Chaos des Kapitalismus ist eine sozialistische Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus ist keine Utopie, sondern Notwendigkeit. Sozialismus ist nicht eine, sondern die einzige Alternative.

#### KAPITALISMUS MIT MENSCHLICHEM ANTLITZ?

Der Kapitalismus hat sehr unterschiedliche Ausprägungen: in reichen Ländern wie Österreich gibt es noch die Reste der sozialen Sicherungssysteme, keine Hungertoten und zumindest Wahlen. In anderen Ländern herrschen soziales Elend und Diktaturen. Wäre es nicht möglich, den Kapitalismus zu regulieren, damit es nicht mehr zu Krisen kommt und damit alle Menschen einen gesicherten Lebensstandard haben? Obwohl das eine von vielen gehegte Hoffnung ist, ist es doch eine Illusion. Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung des Menschen. Um Profite zu machen, ist es notwendig, Menschen in der "3. Welt" auszubeuten. Ebenso ist es notwendig, auch in Österreich den ArbeiterInnen weniger zu zahlen, als sie erwirtschaften. KapitalistInnen, die aus dieser Logik ausbrechen, weil sie "gute Menschen" sind, können das nicht lange durchhalten. Sie werden von anderen aus dem Markt gedrängt. Natürlich ist es möglich, im Rahmen des Kapitalismus Verbesserungen für die ArbeiterInnenklasse oder Teile der ArbeiterInnenklasse erreichen zu können. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, wie zeitlich begrenzt und antastbar diese Errungenschaften sind. Wer die Ausbeutung der Menschen beenden will, muss das System, das zu Ausbeutung führt, beseitigen.

Die Demokratie, in der wir leben, ist sehr beschränkt. In Schule, Uni und am Arbeitsplatz gibt es keine wirkliche Demokratie. Selbst wo demokratische Rechte erkämpft wurden, wie Betriebsrat, Personal- bzw. SchülerInnenvertretungen, sind deren Rechte begrenzt und werden in der Praxis weiter beschnitten. Argumentiert werden

Machtposition und Privilegien der Unternehmer mit ihrer "höheren Verantwortung". Tatsache ist, dass die Mehrheit der Konkurse auf die Unfähigkeit des Managements zurückzuführen ist. Ausbaden müssen das die Beschäftigten. Die Leistung in einem Betrieb und die Verbesserungsvorschläge werden von den ArbeiterInnen erbracht, den Gewinn streicht der Unternehmer ein. Aber die ArbeiterInnen, die die Werte erschaffen, sollten auch entscheiden, was und wie produziert wird, sie sollen sich ihre VertreterInnen und Vorgesetzten selbst wählen können. Wir haben zwar die Möglichkeit, ein Parlament zu wählen. Auf die Arbeit der ParlamentarierInnen bzw. der Regierung, haben wir aber keinen Einfluss. Wir können sie nicht abwählen und kaum zur Verantwortung für ihre Politik ziehen. Politik wird in Österreich von der

***Wer sich wehrt, begibt sich oft in Gefahr: Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) ortete bezüglich 2001 eine "Eindeutige Zunahme von gravierenden Verstößen gegen die Gewerkschaftsfreiheit". 2000 kam es in 113 Ländern zu schweren Verletzungen gewerkschaftlicher Rechte, auch in OECD-Staaten sind diese Rechte lt. IBFG zunehmend bedroht.***

Regierung in Abhängigkeit von der Wirtschaft gemacht. Allein deshalb ist die "Demokratie" beschränkt. Darüber hinaus wird die Mehrzahl der wirklich wichtigen Entscheidungen in völlig undemokratischen Bereichen gefällt und umgesetzt (Konzernetagen, Polizei, Geheimdienste, Armee, Justiz-System). Dieser Apparat stellt durch seine, von periodischen Wahlen relativ unabhängige "Kontinuität" einen der dominierenden Machtpole in der kapitalistischen Gesellschaft dar. Die Demokratie endet im Kapitalismus dort, wo sie Einfluss auf die Profite der Unternehmen zu nehmen droht. Ein Kapitalismus mit menschlichem Antlitz ist eine Illusion.

## Was ist Sozialismus?

"Sozialismus" ist ein Begriff, der mit sehr unterschiedlichen Bedeutungen behaftet ist.<sup>8</sup> Manche nennen die SPÖ "sozialistisch", manche die Sowjetunion. Tatsächlich trifft beides nicht zu. Sozialismus ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Mensch, in der der Kapitalismus gänzlich überwunden ist. Eine Gesellschaft, in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sich frei zu entfalten und sein gesamtes Potential auszuleben. Wir können kein detailliertes Bild einer sozialistischen Gesellschaft zeichnen, aber wir können doch einige Fixpunkte skizzieren. Jedes Mal in der Geschichte, wenn die ArbeiterInnenklasse in Bewegung geraten ist, wenn es Versuche gab, den Kapitalismus zu stürzen und die Kontrolle über die Gesellschaft zu erreichen, kam es zur Organisierung in Räte-Strukturen (obwohl diese natürlich sehr unterschiedliche Namen hatten). Erstmals kann es im Sozialismus echte Demokratie geben. Die Menschen finden sich auf verschiedenen Ebenen zusammen, um über die Gestaltung der Gesellschaft entscheiden: an ihren Wohnorten, Arbeitsplätzen, in ihrer Ausbildung. Auch in Österreich gab es im Zuge der revolutionären Ereignisse von 1918 und nach dem 2. Weltkrieg, als Vorgesetzte bzw. KapitalistInnen einfach nicht da waren, solche Komitees. Erst in einer wirklich sozialistischen Gesellschaft werden Bildung und Forschung für den Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden. Arbeit wird nicht mehr Zwang sein. Die Arbeitszeit wird verkürzt, unangenehme Arbeit durch technischen Fortschritt auf ein Minimum reduziert und kollektiv erledigt werden können. Erstmals ist auch die Basis für eine wirkliche Befreiung der Frau gelegt, indem keine wirtschaftliche Abhängigkeit mehr existiert und Hausarbeit vergesellschaftet wird.

Innerhalb der SPÖ und anderer sozialdemokratischer Parteien sind jene Elemente, die auf dem Boden des Kapitalismus stehen, seit Ende des 19. Jahrhunderts immer stärker geworden und haben im 1. Weltkrieg Kaiser & Kapitalismus unterstützt. Sie wollten zwar die Härten dieses Systems abfedern, es aber nicht abschaffen. Tatsächlich hat die SPÖ in den 70er Jahren mit einer starken ArbeiterInnenklasse im

<sup>8</sup> Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus? - SLP 2002

Rücken eine Reihe wichtiger Verbesserungen umgesetzt: Arbeitszeitverkürzungen, den freien Hochschulzugang und die Fristenlösung. Aber eben diese Verbesserungen sind bereits wieder rückgängig gemacht bzw. derzeit in Gefahr. Über die "Sozialpartnerschaft" und ihren Einfluss im ÖGB hat die SPÖ außerdem immer die Bedürfnisse der Wirtschaft (d.h. der Unternehmer) zentral mitberücksichtigt. Sie hat sich darauf beschränkt, im Rahmen des Systems zu agieren und akzeptierte, als z. B. aufgrund einer Wirtschaftskrise, Einschnitte bei der ArbeiterInnenklasse vorgenommen wurden. Die SPÖ hat nicht grundsätzlich an der Verteilung des Reichtums in der Gesellschaft gerührt, sondern sich darauf beschränkt, dass - bei gleichbleibender Verteilung - die ArbeiterInnenklasse im Fall von Wachstum auch etwas davon abbe-

***An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.*** *Kommunistisches Manifest*

kommt. Heute betreibt die SPÖ nicht einmal mehr diese Politik, da sich unter anderem die wirtschaftlichen Bedingungen verschärft haben. Unter dem Druck der neoliberalen Offensive der 1990er hat die SPÖ-Führung einen ebenso neoliberalen Kurs eingeschlagen, der die Zusammensetzung und den Charakter der Partei gänzlich zum Kippen brachte: Die SPÖ ist keine Partei der ArbeiterInnenklasse mehr und wird auch von immer größeren Teilen in der Bevölkerung nicht mehr als solche gesehen! Ihre Politik des Sozialabbaus und staatlichen Rassismus (Belastungspakete und ausländerInnenfeindliche Gesetze) unterscheidet sich (von Details und Geschwindigkeit abgesehen) nicht von ÖVP und FPÖ.

Die "realsozialistischen Staaten", also die Staaten in Osteuropa und die Sowjetunion waren keine sozialistischen Gesellschaften.<sup>9</sup> Diese stalinistischen Regimes regierten durch eine kleine bürokratische Schicht. Der Privatbesitz an Produktionsmitteln war zwar abgeschafft, aber es fehlte an ArbeiterInnendemokratie. Die stalinistische Entwicklung in der Sowjetunion war nicht vorherbestimmt und ist keine Form des Sozialismus. Durch das Ausbleiben der Revolution in anderen Ländern, die wirtschaftliche Zerstörung Russlands, den Mangel am Lebens-

<sup>9</sup> Russische Revolution: Kopenhagener Rede - Leo Trotzki 1932

notwendigsten sowie seine Isolation konnte die stalinistische Bürokratie ihre Macht festigen und ihr Terrorregime errichten. Einhergehend mit der inneren Krise und dem Druck des kapitalistischen Auslands setzte die Bürokratie eine Reihe reaktionärer Maßnahmen, die das Fundament der Oktoberrevolution Stück für Stück untergruben. Die Bürokratie stand im Widerspruch zu ArbeiterInnen-Demokratie und einer effizienten Planwirtschaft. Diese Entwicklung endete in der kapitalistischen Konterrevolution Ende der 1980er. Der Kampf gegen die bürokratische Herrschaft kam aus der ArbeiterInnenbewegung selbst, durch die von Leo Trotzki und vielen anderen organisierte Linke Opposition. Die SLP steht in dieser Tradition.

Eine heutige Revolution findet vor anderen Vorzeichen statt. Die Wirtschaft ist international viel weiter entwickelt, es existiert die Erfahrung mit dem Stalinismus. Wir müssen deshalb schon heute in der ArbeiterInnenbewegung dafür eintreten, dass keinE FunktionärIn mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiter-Lohn erhält, jederzeit Wähl- und Abwählbar ist und über seine/ihre Tätigkeit Rechenschaft ablegen muss. So kann der Entstehung von Privilegien und Karrieristentum entgegengewirkt werden. Die ArbeiterInnenbewegung kann aus ihrer Geschichte lernen, ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung werden zentrale Elemente einer künftigen sozialistischen Gesellschaft sein. Nicht mehr das Chaos der kapitalistischen Profitwirtschaft regiert, nicht mehr der Mensch muss sich an die Wirtschaft anpassen, sondern die Wirtschaft wird nach den Bedürfnissen der Menschen demokratisch geplant. Die Planwirtschaft in den stalinistischen Staaten konnte, obwohl sie durch die Bürokratie gehemmt war, das enorme Potential zeigen, das in ihr steckt. Um zu einer sozialistischen Gesellschaft zu gelangen, ist es notwendig, die Schlüsselbetriebe zu vergesellschaften: im Gegensatz zu einer Verstaatlichung im Kapitalismus, wo weiterhin die Spielregeln der Profitwirtschaft gelten. Endlich werden alle Ressourcen, die im Kapitalismus brach liegen, weil sie "zu teuer" sind, eingesetzt und sinnvoll (z. B. für die Ausrottung von Krankheiten statt für die Waffenentwicklung) genutzt werden. In einer Gesellschaft, in der die Produktionsmittel weit genug entwickelt wären, um die grundlegenden Bedürfnisse aller zu befriedigen, in der eine radikale Arbeitszeitverkürzung möglich ist, sodass alle Zeit haben, sich an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, sind die

Voraussetzungen für eine erfolgreiche sozialistische Gesellschafts-  
veränderung wesentlich besser.

Die Erfahrungen mit dem Stalinismus zeigen auch, dass der Sozialismus nur international sein kann. Gerade das Ausbleiben bzw. Scheitern der Revolutionen in anderen Staaten Anfang des 20. Jahrhunderts und die Isolation der Sowjetunion waren wichtige Ursachen für die Entwicklung des Stalinismus.

***Viele Beispiele in der Geschichte - in China 1926, in Indonesien 1965<sup>10</sup>, in Chile 1973<sup>11</sup>, in Europa in der Zwischenkriegszeit - zeigen, dass die Hoffnung, langsam in den Sozialismus hinüberzuwachsen, blutig durch die Militärs des Kapitals zerschlagen wurden.***

#### DER WEG ZU EINER ANDEREN, EINER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT

Der Kapitalismus ist international organisiert. Um ihn wirkungsvoll bekämpfen zu können, muss sich die ArbeiterInnenklasse ebenfalls international organisieren. Die SLP ist daher Mitglied im Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale, mit Sektionen und Gruppen auf allen Kontinenten. Unser Ziel ist der Aufbau einer revolutionären Weltpartei zum Kampf gegen den Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.

Obwohl die materiellen Möglichkeiten vorhanden sind, um Not und Mangel abzuschaffen, existiert beides noch. Alle Versuche der Vergangenheit, den Kapitalismus dauerhaft und grundlegend zu reformieren, sind fehlgeschlagen. Jede noch so kleine Verbesserung mußte gegen den Willen der Besitzenden erkämpft werden. Alle Verbesserungen stehen heute wieder unter Beschuß. Im Gegensatz zu den 70er Jahren, als der Kapitalismus in einer wesentlich günstigeren Ausgangslage war, hat er heute rund 30 Jahre verlangsamtes Wachstum hinter sich. Der Neoliberalismus ist Ausdruck für die verkleinerten Spielräume. Aufgrund der sinkenden Profitraten und der wachsenden Konkurrenz ist immer weniger Raum für Zugeständnisse an die ArbeiterInnenklasse da. Die Vorstellung, die v.a. von der Gewerkschaftsführung propagiert

<sup>10</sup> Indonesien: Die Revolution hat begonnen, SOV 1998

<sup>11</sup> Chile -1973-1998 - Der Kampf geht weiter, SOV 1998

wird, mit einer "keynesianischen Politik" ein Gegengewicht zum Neoliberalismus zu schaffen, übersieht die geänderten Rahmenbedingungen. Die 70er Jahre, die "guten alte Kreisky-Zeit", als es den "Austro-Keynesianismus" gab, als der Staat in Krisenzeiten einsprang, um die Wirtschaft wieder zu beleben, folgten einem untypisch langen und intensiven Aufschwung. Heute existieren diese Spielräume nicht mehr. Staatliche Intervention dient nicht dazu, die Einkommen der ArbeiterInnenklasse zu erhöhen, um die Kaufkraft anzukurbeln, sondern um marode Unternehmer zu retten bzw. vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

#### DIE ROLLE DER ARBEITERINNENKLASSE

Der Sturz des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems wird nicht durch den Putsch einer Minderheit passieren und auch nicht durch eine Volksabstimmung. Die Herrschenden werden ihre Privilegien, ihren Reichtum und ihre Macht nicht freiwillig hergeben. Sie werden sich nicht einfach abwählen lassen. Daher ist eine Revolution notwendig. Eine sozialistische Revolution ist ein Prozeß, bei dem die ArbeiterInnenklasse die Macht ergreift. Einzig die ArbeiterInnenklasse ist auch zahlenmäßig und aufgrund ihrer Erfahrungen in kollektiven (Klassen-)Kämpfen in der Lage, dieses Ziel zu erreichen. Dies steht im Gegensatz zu Vorstellungen über eine "Zivilgesellschaft", die "über Klassengrenzen hinweg eine andere Welt erschaffen könne". Wir meinen, dass auch andere Teile der Bevölkerung - Intellektuelle, Studierende, Kleingewerbetreibende - Teil einer solchen Revolution sein werden. Aber die entscheidende, treibende und kollektive Kraft kann nur von der ArbeiterInnenklasse kommen. Marx und Engels beschreiben die ArbeiterInnenklasse als das ‚revolutionäre Subjekt‘. Sie ist jene Klasse in der Gesellschaft, die Notwendigkeit und Möglichkeit mit sich bringt, Sozialismus zu erkämpfen. Und das nicht nur wegen der zahlenmäßigen Stärke, sondern v.a. aufgrund der Erfahrungen mit kollektiver Arbeit und Organisierung. Darüber hinaus hat sie keine Alternative.

Heute herrscht teilweise ein beschränktes Bild vom "Arbeiter" vor, nämlich als männlichen, inländischen Industriearbeiter. Die ArbeiterInnenklasse bestand aber niemals nur aus diesem Prototypen, sondern immer aus verschiedenen Gruppen und Schichten. Aus Frauen und

Männern, wobei auch jene Angehörigen, die nicht direkt im Arbeitsprozess stehen (Erwerbslose, Kinder, PensionistInnen und Hausfrauen/männer) zur ArbeiterInnenklasse gehören. Die ArbeiterInnenklasse umfasst Berufsgruppen im Verkauf, im Dienstleistungssektor, in den Büros. Die ArbeiterInnenklasse definiert sich darüber, dass sie "nichts zu verkaufen hat, als ihre Arbeitskraft". Der Anteil dieser Lohnabhängigen hat sich in den letzten 150 Jahren erhöht, auch wenn sie in immer mehr Untergruppen aufgespalten werden. In der heutigen Gesellschaft gibt es eine immer stärkere Polarisierung zwischen jenen, die Produktionsmittel und Reichtum besitzen und jenen, die das nicht haben. Auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind Teil dieses Prozesses: Durch die Generalangriffe auf öffentlich Bedienstete und

**48,2 % aller ArbeitnehmerInnen geben an eine oder mehrere arbeitsbedingte Krankheiten, gesundheitlichen Schädigungen oder Beschwerden zu haben.** *Mikrozensus "Arbeitsbedingungen" 1994*

andere ArbeitnehmerInnen wie bei den Pensionskürzungen wird das Bewusstsein für die gemeinsamen Probleme und Interessen stärker. Die Aufspaltung in ArbeiterInnen, Angestellte und Öffentlich Bedienstete (mit weiteren Unterteilungen in LeiharbeiterInnen, freie DienstnehmerInnen, WerksvertragsnehmerInnen, Pragmatisierte, Vertragsbedienstete) wird bewusst eingesetzt und dient der Spaltung der Klasse. Die Probleme der verschiedenen Beschäftigten sind in weiten Teilen ähnlich. Alle sind sie davon abhängig, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dafür ein unselbständiges Einkommen zu erhalten.

#### FÜR DIE EINHEIT DER ARBEITERINNENKLASSE

Leider wird die Spaltung der ArbeiterInnenklasse von Teilen der Klasse selbst und auch von der Gewerkschaft übernommen. Dies betrifft insbesondere die Spaltung in Frauen und Männer und in In- und AusländerInnen. Die Konflikte, die hier existieren, sind keineswegs "natürlich". Sie entstehen durch die ungleiche Verteilung von Ressourcen und sind von den Herrschenden gewünscht. Vorurteile werden geschaffen und geschürt, Rollenverteilungen werden zementiert. Das System aber wird durch diese Spaltungen stabilisiert. Frauen sind in

unserer Gesellschaft benachteiligt, sie leisten weltweit den größten Teil der Arbeit, erhalten aber nur einen Bruchteil des Reichtums.<sup>12</sup> Zu der Ausbeutung, der alle ArbeiterInnen in einer Klassengesellschaft ausgesetzt sind, kommt noch die Unterdrückung als Frau hinzu. Frauen sind am Arbeitsmarkt benachteiligt und zusätzlich durch ihre Rolle in der Familie doppelt und dreifach belastet. Damit nicht genug sind Frauen Sexismus und Gewalt ausgesetzt. Die Frauenunterdrückung ist weder Randerscheinung, noch "Irrtum". Sie ist ein integraler Bestandteil des Kapitalismus. Die unbezahlte Arbeit von Frauen bei Haushalt, Kindererziehung, Alten- und Krankenpflege ist notwendig um die Profitrate hoch zu halten - müsste all diese Arbeit bezahlt werden, müssten Löhne/Gehälter viel höher sein und wären die Profite niedriger. Nicht zufällig werden reaktionäre Frauenbilder - "Frau zurück zu Herd

***Frauen verdienen im Schnitt um 40% weniger als ihre männlichen Kollegen, sind sie arbeitslos, erhalten sie oft keine Notstandshilfe, weil ihr Partner "zu viel" verdient. 89% der abgelehnten Anträge auf Notstandshilfe waren im Jahr 2000 von Frauen.***

und Kindern" - immer in Zeiten sinkender Profitraten wieder hervorgekramt. Frauenunterdrückung ist als Spaltungsmechanismus für die Machterhaltung der Kapitalisten notwendig. Obwohl Frauen in allen Kämpfen für Verbesserungen der ArbeiterInnenklasse eine wichtige Rolle gespielt haben, sind sie in den Organisationen der Klasse (Parteien und Gewerkschaften) unterrepräsentiert. Auch hier ist der Kampf gegen die bürgerliche sexistische Ideologie in der eigenen Klasse notwendig.

Insbesondere junge Frauen sind bei vielen Bewegungen der letzten Jahre in den ersten Reihen gestanden. Es hat ein enormer Politisierungsprozess stattgefunden. Gleichzeitig sind durch die neoliberale Offensive viele Errungenschaften der Vergangenheit wieder gefährdet. Frauenfragen sind zentrale Fragen der ArbeiterInnenbewegung und Teil des Kampfes für Sozialismus. Es ist kein Kampf "Frauen gegen Männer" sondern ein Kampf "ArbeiterInnenklasse gegen das Kapital". Jede Verbesserung für Frauen ist - ebenso wie jede andere Reform im Kapitalismus (die eine wirkliche Verbesserung bedeutet) - eine wichtige Errungen-

<sup>12</sup> Frauen in die Offensive, Das Frauenprogramm der SLP - SLP 2003

schaft. Frauenunterdrückung vollständig beseitigen können weder Frauen allein, noch ist dies im Rahmen einer Klassengesellschaft möglich. Deshalb sind der Kampf für Frauenbefreiung und der Kampf für Sozialismus untrennbar verbunden.

Ein weiterer Spaltungsmechanismus ist der Rassismus. MigrantInnen werden Grundrechte verweigert, für die sie arbeiten und Steuern zahlen, nur weil sie nicht die österreichische StaatsbürgerInnenenschaft haben. Und selbst wenn sie diese erlangen, bleiben sie für viele immer noch Menschen zweiter Klasse. Auch von dieser Spaltung profitieren die KapitalistInnen. Wenn MigrantInnen in die Illegalität gedrängt werden, sind sie gegenüber den Ausbeutungsversuchen von Arbeitgebern und VermieterInnen wehrlos. Würden alle MigrantInnen vollen Zugang zum Wohn- und Arbeitsmarkt haben und sich In- und AusländerInnen nicht gegeneinander ausspielen lassen, würde das helfen, Mieten zu reduzieren und Löhne zu erhöhen. Rassismus findet auf verschiedenen Ebenen statt: Nazis, die auf der Straße prügeln, Politiker, die im Parlament Gesetze machen, oder jene, die diese Gesetze ausführen. In Österreich wurde das Asylrecht praktisch abgeschafft. Verfolgung, Krieg und Elend sind für die bürgerlichen Politiker keine Gründe, um Menschen Schutz zu gewähren. Stattdessen werden selbst asylsuchende Jugendliche in Gefängnisse gesteckt und brutal abgeschoben. MigrantInnen, die hier bleiben, sind mit ständigen rassistischen Polizeikontrollen konfrontiert. Sie haben nur beschränkte Rechte am Arbeitsmarkt und sind von den minimalen demokratischen Rechten (wie dem passiven Betriebsratswahlrecht) ausgeschlossen. Die Gewerkschaften, deren Aufgabe es eigentlich ist, die Einheit der Klasse herzustellen, haben bisher wenig getan, um die Spaltung der Klasse zu überwinden. Sie haben im Kampf für die Rechte von ausländischen KollegInnen versagt und sich stattdessen einer Abschottungspolitik verschrieben. Sie stellen den Schutz von "ÖsterreicherInnen" vor jenen von "AusländerInnen", anstatt den gemeinsamen Kampf aller ArbeiterInnen gegen Rassismus und Sozialabbau zu organisieren. Innerhalb der Gewerkschaften sind Frauen unterrepräsentiert. Es herrscht oftmals eine "traditionelle" Rollenteilung und "Frauthemen" sind Sache der Frauenabteilungen. Sie werden nicht als integraler Bestandteil der Gewerkschaftspolitik gesehen. Die Spaltung dient nur den Herrschenden und muss daher in konkreten Kämpfen überwunden werden.

Neben der Spaltung der ArbeiterInnenklasse gibt es auch noch das Problem der Vereinzelung. Einsame Kämpfer mögen heroisch wirken - den Kapitalismus stürzen können sie nicht. Wir alle haben schon die Erfahrung gemacht, dass wir uns mit Gleichgesinnten zusammenschließen müssen, um gemeinsam ein Ziel zu erreichen. Das ist der Grund, warum sich Gewerkschaften gegründet haben.

Der ÖGB ist mit seinen 1,4 Millionen Mitgliedern eine Macht. Die Führung des ÖGB hat diese Macht lange brach liegen lassen und verhandelt lieber hinter verschlossenen Türen faule Kompromisse aus. In den 80er und 90er Jahren ist der ÖGB Schritt für Schritt zurückgewichen und hat die Interessen der ArbeiterInnenschaft nicht nur nicht vertreten, sondern sogar teilweise an den Belastungspaketen mitgebastelt. Dieses Vorgehen resultiert aus dem Selbstverständnis des ÖGB als Teil des Staates, dessen oberstes Prinzip die mittlerweile tote Sozialpartnerschaft und dessen oberstes Ziel der sogenannte "soziale Frieden" darstellt. Die Sozialpartnerschaft hat dazu geführt, dass ArbeiterInnen vom Kämpfen abgehalten wurden und die meisten niemals kämpfen, und damit ihre eigene Stärke kennen, gelernt haben. "Klassenkampf" war aus dem Vokabular und "Streik" aus dem Arsenal der Gewerkschaftsführung fast verschwunden.<sup>13</sup> In den letzten Jahren hat sich wegen des radikalen und

***Die erfolgreichste Bewegung gegen Krieg, Hunger und Diktatur war die Russische Revolution. Das im Oktober 1917 der Kapitalismus abgeschafft wurde liegt daran, dass in Rußland mit der Bolschewistischen Partei eine Organisation existierte, die die Erfahrungen verarbeitete, die Kräfte bündelte und sie auf ein gemeinsames Ziel orientierte.***

aggressiven Sozialabbau der blau-schwarzen Regierung an der Gewerkschaftsspitze Ratlosigkeit breitgemacht. Auf Druck der Basis haben Proteste zugenommen und mit den Streiks am 6. Mai 2003 fand ein Durchbruch in Österreich statt. Gewerkschaften haben die Aufgabe, die ArbeiterInnenklasse zu organisieren und im Kampf für "ein größeres Stück vom Kuchen" zu führen. Die Bürokratie an der Spitze der

<sup>13</sup> Für einen 24-Stunden Generalstreik als erste Warnung - SLP 2001

Gewerkschaften verhindert das viel zu oft. SpitzenfunktionärInnen, die Gehälter beziehen, die ein vielfaches von denen der Gewerkschaftsbasis ausmachen, agieren abgehoben und können die Bedürfnisse der normalen KollegInnen nicht mehr nachvollziehen. Kämpferische Traditionen müssen mühsam und teilweise gegen die Gewerkschaftsbürokratie wieder etabliert werden. Der Aufbau einer fraktionsübergreifenden Opposition, die für demokratische und kämpferische Gewerkschaften eintritt, ist unbedingt notwendig. Nicht nur, um die Rechte der ArbeiterInnenklasse, sondern auch um die Gewerkschaften an sich gegen die Angriffe der Bürgerlichen, die sie gerne los wären, zu verteidigen.

***Joe Higgins, Mitglied der irischen Sektion des CWI und Abgeordneter zum irischen Parlament behält von seinem Abgeordneten-Gehalt nur einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn - der Rest wird für politische Arbeit verwendet. Die Irische Presse nennt Joe "den Roten, den man mit Geld nicht kaufen kann".***

#### FÜR EINE NEUE ARBEITERINNENPARTEI

Die Interessen der KapitalistInnen werden in Österreich sehr effektiv von der Regierung sowie von Bundeswirtschaftskammer und Industriellenvereinigung umgesetzt. Die ArbeiterInnenklasse braucht ebenso eine Partei, die sie organisiert, vertritt, die Erfahrungen sammelt und bilanziert, die Kräfte bündelt und ein Ziel vor Augen hat. Zur Zeit fehlt eine derartige ArbeiterInnenpartei. Es gilt, sie aufzubauen. Lange Zeit war die SPÖ die Partei der ArbeiterInnenklasse. Auch wenn sie schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts bürgerliche Politik betrieben hat und sich nach 1945 auch in ihrem Programm zum Kapitalismus bekannt hat, sahen trotzdem viele ArbeiterInnen und Jugendliche ihre Interessen durch die SPÖ vertreten. Die Zuspitzung kapitalistischer Widersprüche in den 80er und 90er Jahren hat das verändert. Immer größere Teile der ArbeiterInnenklasse wenden sich von ihr ab, die Mitgliedschaft schrumpft und ist überaltert. Die SPÖ ist heute eine bürgerliche Partei, wenn auch mit einer speziellen Geschichte. Selbst wenn die SPÖ bei Wahlen wieder Stimmen von ArbeiterInnen erhält, werden sich kom-



mende Klassenkämpfe nicht in entscheidendem Ausmaß in der SPÖ widerspiegeln, sondern eher an dieser vorbeilaufen. Eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie stellt keine grundsätzlich andere Qualität dar, wie die Angriffe von New Labour (Britannien) und der SPD (Deutschland) auf Sozial- und Bildungswesen deutlich machen. Die letzte österreichische SPÖ-Regierungsbeteiligung war geprägt von Privatisierung, Belastungspaketen und rassistischer Politik.

Natürlich gibt es noch GewerkschafterInnen und SPÖ-Parteimitglieder, die hoffen, dass die SPÖ wieder so wird, wie sie früher einmal ansatzweise war. Gäbe es tatsächlich die Chance, die SPÖ auf einen sozialistischen Kurs zu bringen oder zumindest zu einer kämpferischen ArbeiterInnenpartei zu machen, wird die SLP dies unterstützen. Dies ist jedoch äußerst unwahrscheinlich. Wir sind aufgrund der realen Verhältnisse davon überzeugt, dass, wenn wir die besten Traditionen der internationalen Sozialdemokratie retten wollen, es notwendig ist, aus den sozialen und politischen Auseinandersetzungen heraus eine neue Kraft für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche aufzubauen.

„Die Grünen“ sind eine inhomogene bürgerliche Partei, teilweise ohne klar erkennbare Ideologie. Es finden sich links Stehende ebenso wie Anhänger der EU. In der konkreten Politik setzt sich stets der "pragmatische" rechte Flügel durch. Die Linken sind zwar geduldet, aber für klassenkämpferische Politik ist kein Platz. Die Regierungsbeteiligungen/-unterstützungen von grünen Parteien in Deutschland, Skandinavien und Frankreich zeigen deutlich, dass die Grünen nicht linke, sondern bürgerliche Parteien sind und sich an Pensionskürzungen, Angriffen auf Arbeitslosen und an Kriegen beteiligen.

Wo echte ArbeiterInnenparteien fehlen, gelingt es rechtsextremen Parteien (wie in Österreich der FPÖ) immer wieder, das Vakuum zu füllen und die Wut nach rechts umzuleiten. Der Aufstieg der FPÖ verlief nicht zufällig parallel mit dem Niedergang der SPÖ und der Privatisierung und dem Sozialabbau in den 80er und 90er Jahren. Erst auf dieser Grundlage konnte der Populismus eines Haider auf fruchtbaren Boden fallen. Auch wenn solche rechtsextremen Parteien immer wieder Auf- und Abwärtsbewegungen durchmachen, so kann doch der Rechtspopulismus immer wieder WählerInnenstimmen bekommen, solange es keine sozialistische Massen-Alternative gibt. Eine Rückkehr von Haider mit einer erneuerten FPÖ oder der Aufstieg einer anderen

rechtspopulistischen Partei sind nicht ausgeschlossen, wenn sich nicht eine kämpferische, sozialistische Alternative entwickelt, die dem Protest und Unmut eine linke Stimme gibt.

Die SLP ist diese neue ArbeiterInnenpartei nicht. Die SLP ist eine revolutionäre Partei. Wir sehen es jedoch als unsere Aufgabe, diese neue ArbeiterInnenpartei mit aufzubauen. Zur Zeit gibt es zwar die Notwendigkeit für eine solche neue Partei, aber keine realen Ansatzpunkte. Eine solche neue ArbeiterInnenpartei wird nicht dadurch entstehen, dass sich verschiedene linke Organisationen zusammenschließen; auch wenn der Wunsch nach einer geeinten starken Linke verständlich ist, und die SLP immer wieder zu verschiedenen Fragen mit anderen Linken zusammenarbeitet. Die Entstehung einer neuen ArbeiterInnen-Partei wird erst das Ergebnis von kommenden Klassenkämpfen und Bewegungen sein, in denen sich das Bewusstsein weiterentwickelt, sich in und um die Gewerkschaft, um lokale und betriebliche Initiativen, neue Formationen entwickeln. Welchen Charakter diese neue Partei haben wird, hängt von der Entwicklung der Klassenkämpfe ab und davon, wie stark RevolutionärInnen in dieser Partei für ein revolutionäres Programm eintreten.

Die Aufgabe der SLP kann nicht darin bestehen, eine solche neue Partei "aus dem Boden zu stampfen" sondern die Basis dafür zu legen, indem wir Klassenkämpfe und Widerstand auf unterschiedlichen Ebenen unterstützen und initiieren. Ein Teil davon ist es auch, auf Wahlebene eine Alternative anzubieten. Solange es die neue ArbeiterInnenpartei nicht gibt bzw. keine konkreten Ansätze dafür existieren, und die Menschen nur die Wahl zwischen verschiedenen "großen und weniger großen Übeln" haben, strebt die SLP grundsätzlich an, zu kandidieren. Dies ist kein Ersatz, sondern Teil unserer klassenkämpferischen und revolutionären Arbeit. Schon in der Vergangenheit haben wir bei Bezirksrats-, Gemeinderats- und Nationalratswahlen kandidiert, um im Wahlkampf aktiv mit unserem Programm präsent zu sein, um eine Alternative auf dem Wahlzettel anzubieten, aber vor allem auch, um andere Menschen aufzurufen, selbst aktiv zu werden. In jedem Fall tritt die SLP für ein konsequent sozialistisches Programm ein, ohne das eine jede neue Partei oder Plattform gezwungen sein wird, sich früher oder später mit dem kapitalistischen System und seinen Sachzwängen zu arrangieren.

## Komitee für eine ArbeiterInnen- Internationale (CWI/KAI/CIO):

### International aktiv in Bewegungen und Kämpfen

Die SLP und die anderen Sektionen des CWI/KAI/CIO, die auf allen 5 Kontinenten vertreten sind, waren und sind Bestandteil verschiedenster Kämpfe. Wir haben in Britannien die Kampagne gegen die Poll Tax (eine extrem unsoziale Steuer, die von der neoliberalen Thatcher-Regierung eingeführt wurde) geführt. Das Ergebnis war, dass letztlich 18 Millionen Menschen in Britannien diese Steuer nicht bezahlt haben und Thatcher in Folge gehen musste. Wir verbinden in Ländern wie Sri Lanka oder Indien die Arbeit gegen Neoliberalismus mit der Arbeit gegen die Unterdrückung von Volks- und Religionsgruppen, da die ArbeiterInnen aus verschiedenen Zugängen von Privatisierung und Sozialabbau betroffen sind. Wir haben den europaweiten SchülerInnenstreik am Tag X, dem Beginn des US-Angriffs gegen den Irak, initiiert und organisiert. Wir sind in Ländern wie Chile, Südafrika und Nigeria auch unter Bedingungen der Diktatur und Apartheid für sozialistische Ideen eingetreten. Wir waren in Österreich führender Teil der Widerstandsbewegung gegen Blau-Schwarz, haben die Kampagne gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen organisiert und waren aktiv in den Klassenkämpfen gegen den Pensionsraub 2003. All diese Kämpfe für unmittelbare Verbesserungen oder gegen unmittelbare Verschlechterungen sind Teil unserer Arbeit für eine sozialistische Gesellschaft. Denn nur im aktiven Kampf wird deutlich, dass (egal wie gut unsere Argumente sind) die Herrschenden ihre Macht nicht freiwillig hergeben werden und sich nicht abwählen werden lassen. Daher ist eine revolutionäre Veränderung notwendig.

Die Zunahme von Kämpfen - die anti-kapitalistische Bewegung, Proteste von ArbeiterInnen und Volksaufstände (in Asien, Lateinamerika aber auch Serbien) und Klassenkämpfe (in den USA, Lateinamerika und Europa) - zeigen das enorme Potential und den Unmut, der existiert. Weil die Elemente der alten Gesellschaft nicht bereit sein werden, ihre

Herrschaft aufzugeben, ist die ArbeiterInnenklasse gezwungen, sich in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen, um die Angriffe der Bourgeoisie zurückzuschlagen und um dauerhaft die alten Produktionsverhältnisse aufzuheben. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Opfer der KämpferInnen dann vergeblich waren, wenn diese revolutionäre Partei fehlte, die aus den fünf Fingern eine Faust macht und die einer Bewegung Programm und Perspektive gibt. Das CWI und damit die SLP haben es sich zur Aufgabe gemacht, diese revolutionäre Partei und Internationale aufzubauen.

***Das Komitee für eine Arbeiter-Internationale (KAI) ist eine internationale sozialistische Organisation mit Sektionen in über 35 Ländern. Das KAI ist Teil des Kampfes gegen die Herrschaft der Banken und Konzerne und für den Sturz des globalen Kapitalismus. Wir kämpfen für eine demokratische sozialistische Gesellschaft auf internationaler Ebene.  
Mehr unter: [www.worldsocialist-cwi.org](http://www.worldsocialist-cwi.org)***

JETZT SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE AUFBAUEN!

Wir stehen in diesem Kampf nicht alleine, sondern sind Teil einer internationalen Bewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine friedliche, demokratische und gerechte, das heißt eine sozialistische Gesellschaft. Dieser Kampf ist kein leichter, aber er ist notwendig angesichts des tagtäglichen Wahnsinns des Kapitalismus. Alle, die für eine sozialistische Veränderung eintreten wollen und mit unserem Programm übereinstimmen laden wir ein, dies als Mitglied von SLP und CWI zu tun.

## Forderungen

- ❖ Nein zum Sozialabbau! Statt Milliarden an Subventionen für die Privatwirtschaft für ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr. Dadurch werden Arbeitsplätze geschaffen und Leistungen ausgebaut.
  - ❖ Mindestlohn von EUR 1.100 netto! Einführung der gleitenden Lohnskala, also der automatischen Anpassung der Löhne/Gehälter an die Inflation, verhandelt wird nur über zusätzliche Erhöhungen
  - ❖ Kampf der Arbeitslosigkeit! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und unbefristeter Bezug eines Arbeitslosengeldes von 1.100 Euro
  - ❖ Keine Kürzungen, sondern Ausbau bei Bildungs- und Gesundheitswesens. Zugang für alle, ohne Einschränkungen - Keine Privatisierung, kein Sponsoring.
  - ❖ Für ein einheitliches staatliches Pensionssystem dass sich am besten und nicht am schlechtesten derzeitigen System orientiert! Keine Öffnung des Pensions"marktes" für private Banken und Versicherungen
  - ❖ Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung. Abschaffung aller Massen- und Konsumsteuern, Besteuert werden soll nur mehr Einkommen und Vermögen.
  - ❖ Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie! Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Auslagerung von möglichst großen Teilen der Hausarbeit in kommunale Einrichtungen, garantierte kostenlose Kinderbetreuung für alle Kinder in ganz Österreich. Kostenlose Verhütung und kostenlose Abtreibungsmöglichkeiten in allen Bundesländern
  - ❖ Abschaffung aller diskriminierenden Gesetz, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen, inklusive dem Wahlrecht auf allen Ebenen! Kampf gegen die Fluchtursachen, nicht gegen die Flüchtlinge - Keine Schubhaft, keine Abschiebungen
  - ❖ Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- ❖ Für mehr Demokratie: Wahlrecht für alle in Österreich lebenden Menschen ab dem Alter von 15 Jahren auf allen Ebenen
  - ❖ Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
  - ❖ Nein zum repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
  - ❖ Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "3. Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
  - ❖ Nein zur Sozialpartnerschaft - Für demokratische und kämpferische Gewerkschaften! Abschaffung aller Politikerprivilegien. Offenlegung aller Politikereinkommen. VertreterInnen der ArbeiterInnenklasse, egal ob in Parteien oder Gewerkschaften, müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiter-Lohn.
  - ❖ SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche. Wir unterstützen jeden Ansatz in diese Richtung und treten für ein konsequentes sozialistisches Programm ein.
  - ❖ Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen. Entschädigung nur bei erwiesener Bedürftigkeit
  - ❖ Offenlegung aller Geschäftsbücher - wir wollen wissen wohin die Profite fließen. Drohen Unternehmen mit Lohn/Gehaltskürzungen oder Entlassungen dann Enteignung und Überführung in Gemeineigentum.
  - ❖ Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
  - ❖ Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der die Planung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
  - ❖ Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen System kämpfen.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Das 21. Jahrhundert - Krisen, Kriege, Kapitalismus</b>	<b>5</b>
Kapitalismus stehen Profite vor Bedürfnissen	6
Arm und Reich in Österreich	6
Arbeit dominiert unser Leben	7
Arbeitslosigkeit als Massenproblem	8
Kapitalismus bedeutet Krieg	9
Kapitalismus bedeutet Ausbeutung	11
Die Armen werden immer ärmer	12
EU: Das Europa des Kapitals und kein Friedenswerk	14
Ein System voller Widersprüche	15
Auf und ab	16
<b>Es regt sich Widerstand</b>	<b>18</b>
Internationaler Widerstand	18
Kapitalismus mit menschlichem Antlitz?	20
<b>Was ist Sozialismus?</b>	<b>22</b>
Der Weg zu einer anderen, einer sozialistischen Gesellschaft	25
Die Rolle der ArbeiterInnenklasse	26
Für die Einheit der ArbeiterInnenklasse	27
Fünf Finger kann man brechen, eine Faust nicht	30
Für eine neue ArbeiterInnenpartei	31
<b>Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale: International aktiv in Bewegungen und Kämpfen</b>	<b>34</b>
Jetzt sozialistische Alternative aufbauen!	35
<b>Forderungen</b>	<b>36</b>

## Kämpfen Sie mit der SLP für Sozialismus

Die Sozialistische LinksPartei ist eine junge, aktive und kämpferische Partei. Wir sind ein aktiver Teil der Bewegungen gegen Krieg (z.B. Irak), Sozialabbau (z.B. Pensions"reform" 2003), Angriffe auf Frauenrechte (Lucina-Kampagne, 2000-?) und den Kapitalismus an sich (z.B. Salzburg, 2000 und 2001).

Die SLP ist Anfang 2000 von den Mitgliedern der Sozialistischen Offensive Vorwärts SOV gegründet worden. Die SPÖ ist schon längst keine Partei mehr für ArbeiterInnen und Jugendliche, und auch die Grünen haben sich von ihren kämpferischen und alternativen Traditionen verabschiedet. Die SLP kämpft deshalb auch als einzige Kraft in Österreich für den Aufbau einer neuen, sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei in den nächsten Jahren zu verankern, ist nicht nur nötig, sondern möglich. Wir wollen ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, Frauen, ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen gewinnen, mit uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, wir wollen sie vor allem dafür gewinnen, mit uns für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Die SLP ist "anders", wir haben keinen großen Apparat, nicht viel Geld und keine Hintermänner. Die Arbeit der SLP steht und fällt mit der Aktivität und der Überzeugung unserer Mitglieder und UnterstützerInnen.

Wir verstehen uns auch als Ansatzpunkt für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung. Wir sind Teil des "Komitees für eine ArbeiterInneninternationale" CWI/KAI, das in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist.

Sie haben in dieser Broschüre - unserem Parteiprogram - viel über uns erfahren. Wenn Sie unsere Standpunkte teilen oder zumindest interessant finden, sind Sie bei uns richtig. Rufen Sie uns an, diskutieren wir das Programm der SLP.

Werden Sie Mitglied in der Sozialistischen LinksPartei und dem Komitee für eine ArbeiterInneninternationale.

**Kämpfen Sie mit uns für Sozialismus.**